

TEXT PODCAST

10. Juni 2008

Pressekonferenz Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – „Was GEZahlt ist, muss von Dauer sein“

Link zur Pressemitteilung <http://www.vzbv.de/go/presse/1020/index.html>

Die Bundesländer diskutieren derzeit unter dem sperrigen Namen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein Streitpunkt ist, was die Sender von ARD und ZDF im Zeitalter von Web 2.0 im Internet dürfen und was nicht. Über diese Frage werden am 12. Juni 2008 die Ministerpräsidenten der Bundesländer entscheiden. Wenn sich der vorliegende Staatsvertragsentwurf durchsetzt, sind Online-Informationen der Öffentlich-Rechtlichen nur noch sehr eingeschränkt zulässig.

Sendefähige O-Töne mit **Gerd Billen, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband**

Das Interview führte Jörg Wagner, radioeins - rbb.

O-Ton Zugang zu allen Onlineangeboten von Rundfunkanstalten

(Länge: 0:47 Min.)

Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger um die Frage, ob Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Zukunft Zugang zu den Internetangeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben. Denn wir wissen, dass bei Fragen der Verbraucherinformation aber auch bei Fragen zu Bildung und Wissenschaft diese Internetangebote schon heute eine wichtige Rolle für Verbraucher spielen. Und wir melden uns deswegen zu Wort, damit die Angebote, für die wir mit unseren Gebühren bezahlt haben als Verbraucher, uns erhalten bleiben. Deswegen sind wir nicht damit einverstanden, dass interessierte Kreise darauf drängen, diese Internetangebote radikal zu beschneiden.

O-Ton Jüngere Nutzer gehen online

(Länge: 0:45 Min.)

Wir stellen fest, dass die Darstellung von Inhalten im Internet an Bedeutung gewinnt, dass insbesondere jüngere Mediennutzer immer in einer Mischung aus Fernsehen, aus Internet und anderen Quellen sich die Infos besorgen. Und wenn jetzt hier vorgeschrieben wird, dass Inhalte nach sieben Tagen aus dem Netz genommen werden, bedeutet das, dass vor allem für jüngere Mediennutzer eine wichtige Möglichkeit verbaut wird und von daher können wir uns damit nicht einverstanden erklären. Der Rundfunk, und hier insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ja entstanden vor dem Hintergrund, dass man sagt, man braucht eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige, journalistisch gute Information, das bietet der öffentlich-rechtliche Rundfunk, das bieten auch viele Privatfunkstationen. Es muss aber gewährleistet sein, dass diese Angebote auch länger im Netz zur Verfügung stehen. Denn es geht um so schlichte Dinge ob das was in der Sendung mit der Maus vorgestellt wird an Informationen, nach einer Woche aus dem Angebot verschwindet. Oder die Verbrauchertipps wichtiger Verbrauchersendungen. Das ist aus unserer Sicht zunächst gar nicht einzusehen.

O-Ton Konkurrenz mit Privatrundfunkanstalten

(Länge: 0:53 Min.)

Das ist ja nicht so, dass ARD und ZDF hier eine marktbeherrschende Stellung im Bereich der Online-Informationen haben. Ganz im Gegenteil. Es sind viele Verlagshäuser, die mit sehr guten Online-Angeboten am Markt sind, die auch teilweise Informationen anbieten, aber sie sind eben häufig auch gekoppelt mit konkreten Produktinformationen oder Werbung. Wer sich heute auf der RTL-Onlinesite im Bereich Ernährung Informationen holt, dem wird nebenan gleich ein Werbeangebot für irgendwelche Pillen gemacht. Das entspricht dann nicht mehr einer sinnvollen objektiven Information. Demgegenüber sind die Internetangebote der Öffentlich-Rechtlichen frei von dieser Art Produktwerbung. Ich glaube, dass die privaten Verleger hier keine Angst haben müssen vor einem Onlineangebot der Öffentlich-Rechtlichen.

O-Ton Öffentliche Diskussion wichtig – breite Allianz schaffen für Information der Öffentlichkeit

(Länge: 1:25)

Wir sorgen dafür, dass eine breitere Information der Öffentlichkeit darüber stattfindet, was hier überhaupt vorgeht. Hier ist ja versucht worden, im Wesentlichen hinter verschlossenen Türen diese Dinge zu regeln. Es ist erfreulich, dass die ersten Landesparlamente jetzt ihre Beteiligung einfordern, dass die Politiker sagen, das kann nicht sein, dass hier 16 Ministerpräsidenten über die Zukunft des digitalen Angebotes entscheiden. Das ist der eine Weg. Deswegen bauen wir zur Zeit eine Allianz auf von gesellschaftlichen Gruppen, die ähnlich wie wir dafür eintreten wollen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch im digitalen Zeitalter eine Zukunft hat und die Möglichkeit hat, jüngere Mediennutzer anzusprechen. Das sind erfreuliche Bündnispartner wie der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Kulturrat. Hier werden noch mehr Organisationen hinzukommen. Das Thema muss öffentlich diskutiert werden, hier müssen die Verbraucher, die Nutzergruppen endlich mal zu Wort kommen und es darf nicht allein auf die Interessen der beteiligten Wirtschaftskreise, insbesondere der Privatverleger geachtet werden. Die sind legitim, aber sie sind eben nicht die einzigen, die hier Fragen, Forderungen oder Anregungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben.